

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Veranlagungsanzeigen kosten pro Zeile 75 Pf. — Geb- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Biemelshäuser Str. 38-42. Teleph.-Nr. 69 u. 294. Telegr.-Adr.: Altkreis Bochum.

Ueberschüsse oder Zuschüsse?

Es ist eine alte Klage nicht nur der Bergleute, sondern auch der großen Masse der Verbraucher, daß über die tatsächlichen Erträge der Bergbauwirtschaft kein klares Bild zu gewinnen sei. Schon vor dem Kriege klagten sogar Industriellenorgane über die unklaren, unzulänglichen Geschäftsberichte der Bergbau-Gesellschaften. Heute hat sich dieser Zustand nicht gebessert, vielmehr werden immer dichtere Schleier über die Geschäftsergebnisse der Bergwerksunternehmungen gezogen. Seit 1918 hört man fast nur jammern von „großen Betriebsverlusten“. Daneben aber kann man beobachten, daß die angeblich „fast bankrotten Werkbesitzer“ riesige Geldsummen für die Erwerbung neuer Unternehmungen verausgaben. Wie reimt sich das zusammen?

Einen besonders krassen Fall von widersprüchlicher Berichterstattung über die Betriebsergebnisse im Kohlenbergbau möchten wir nun der Öffentlichkeit unterbreiten, damit sie auch hieraus ersehe, wie dringend notwendig eine grundsätzliche Veränderung unserer Bergbauwirtschaft ist.

Der Reichskohlenverband und der Große Ausschuß des Reichskohlenrats hielten am 31. August eine gemeinschaftliche Sitzung ab. An erster Stelle wurde über den Antrag des Rhein.-Westf. Kohlenyndikats auf Kohlenpreiserhöhung (9 Mark) beraten. Die Arbeitervertreter widersprachen dieser Preiserhöhung und erklärten, daß nach ihrer Meinung die den Arbeitern zu zahlende Löhnerhöhung ohne Kohlenpreiserhöhung durchzuführen sei. Die Werks- und Syndikatsvertreter sprachen entgegenge setzt. Hierzu führte nun Geheimrat Brecht, Vorstandsmitglied des Reichskohlenverbandes und Beamter im Reichswirtschaftsministerium aus nach dem Protokoll:

„Daß nach seiner Ansicht seit Mai im ganzen eine Verringerung der Selbstkosten der Zechen nicht eingetreten sei. Im Mai sei noch ein kleiner Nutzen für die Bergbauunternehmer übrig geblieben, der durch die Löhnerhöhung vom 1. 6. aufgezehrt sei. (...) So unangenehm also im jetzigen Augenblick eine Kohlenpreiserhöhung wäre, so müsse doch gesagt werden, daß sie dem Ruhrbergbau gewährt werden müsse, wenn man vermeiden wolle, daß man mit Verlust arbeite!“

So sprach Herr Geheimrat Brecht, dem als Vorstandsmitglied des Reichskohlenverbandes und Beamter im Reichswirtschaftsministerium die Geschäftsberichte der Zechenverwaltungen bekannt sind. Nach seiner Behauptung arbeiten die Zechen „im ganzen“ seit 1. 6. nicht mehr mit Ueberschuß, der im Mai auch „nur klein“ pro Tonne gewesen sei.

Hören wir jetzt einen anderen Bericht. Er betrifft die Geschäftsergebnisse der preussischen Staatsgruben. Wir machen darauf aufmerksam, daß die gesamte privatindustrielle Presse sich darin einig ist, die Betriebswirtschaft der Staatsgruben als minder rentabel als die der Privatzechen zu bezeichnen. Welche finanziellen Resultate hatten diese Staatswerke in der fraglichen Zeit?

Im Haushaltsausschuß der preussischen Landesversammlung stand am 3. und 4. September der Bergwerksetat zur Beratung. Auf das Ersuchen, einen Bericht zu geben über die Verhältnisse der Bergbauwirtschaft im laufenden Jahre, erklärte der Herr Oberberghauptmann Mithaus laut Sitzungsprotokoll:

„Der Gesamtüberschuß (aller ihm unterstellten Werke) für 1919 (Staatsjahr, vom 1. April bis 31. März) sei auf 41,69 Millionen Mark veranschlagt gewesen, habe aber infolge der gestiegenen Preise 189,40 Millionen Mark betragen.“

Zwar hieß es weiter, die Zunahme der Ueberschüsse beruhe hauptsächlich auf der bedeutenden Steigerung der Metallpreise,

aber auf die spezielle Frage nach der Wirtschaft der Staatskohlengruben im Bezirk Redlinghausen erklärte der Oberberghauptmann: Diese Gruben hätten im 1. Viertel des laufenden Etatsjahres (April, Mai, Juni 1920) einen sehr stattlichen Ueberschuß erzielt! Auf die erstaunte Frage eines Bergarbeiterabgeordneten und Kommissionsmitgliedes, warum bei den gerade während der fraglichen Zeit stattgefundenen Lohnverhandlungen verfahrensweise immer über Verlustwirtschaft geklagt worden wäre, auch der Finanz habe sich dem angeschlossen, kam die interessante Antwort, den genannten, bedeutenden Ueberschuß habe man hauptsächlich bei der Nebenproduktengewinnung erzielt!!!

Darauf machte man sich einen Vers! Augenblicklich wurden den Gewerkschaftsvertretern bei den Lohnverhandlungen nur die „reinen Förderkosten“ vorgelegt. Daß durch die starke Kohlenverfokung und die Verwertung der hierbei gewonnenen Nebenprodukte außerordentlich hohe „Nebengewinne“ erzielt wurden (und werden), davon schwieg der Sängers Höflichkeit. Durch diese hinterhältige Darstellung der Betriebsergebnisse wird der Eindruck einer sozulagen Zubehörwirtschaft gemacht, man kommt so zu immer höheren Kohlen-, Stolz- und Drikettpreisen, angeblich notwendig wegen der beantragten Lohnherhöhung. Nur durch Zufall erfährt man genauer, daß außerhalb der „reinen Kohlenförderung“, aber doch im Rahmen derselben Unternehmung, außerordentlich hohe „Nebengewinne“ gemacht werden! Beispielsweise hat die Zeche König Ludwig allein bei der Weiterverarbeitung eines verhältnismäßig kleinen Quantums Teer, das dieser Zeche auf Grund eines dem Bergwerks (Redlinghausen) sehr ungünstigen Vertrags von diesem 1919 geliefert wurde, einen glatten Reingewinn von mindestens 5 Millionen Mark gemacht! Da der Bergwerksfiskus auch noch einen sehr bedeutenden Ueberschuß aus der Nebenproduktengewinnung erzielt, so kann man sich leicht vorstellen, von welcher hoher finanzieller Bedeutung diese insgesamt ist.

Für dieselbe Zeit also (April, Mai, Juni 1920), wo der wie die privatindustrielle Presse versichert, unrentable staatliche Bergbau in Westfalen einen außerordentlich hohen Ueberschuß aus der Verwertung der Förderung erzielt, wird offiziell im Reichskohlenrat erklärt, die rheinisch-westfälischen Zechen hätten nur „einen kleinen Nutzen“ und ab 1. Juni „im ganzen“ keinen Ueberschuß mehr gehabt! Auf welche Unterlagen stützt sich diese zweifellos falsche offizielle Erklärung? Geht man im Vorstand des Reichskohlenverbandes von der Ansicht aus, die enormen Ueberschüsse aus der Nebenproduktengewinnung nicht als Zechenüberschüsse in Rechnung stellen zu sollen? Natürlich ist eine solche Ansicht völlig unheilbar, denn die Anlagen zur Kohlenförderung und die zugehörigen Anstalten bilden eine Unternehmung. Man täuscht abichtlich die Arbeiter und die wegen der hohen Kohlenpreise unumtätige Öffentlichkeit, wenn man verschweigt, welche normen „Nebengewinne“ man einheimst. Wo tatsächlich Ueberschüsse gemacht werden, da täuscht man eine Zubehörwirtschaft vor.

Aus diesen Vorgängen ziehen wir auch die Lehre, daß die alsbaldige Bergbauverstaatlichung das Gebot der Stunde ist. Der sozialisierte Bergbau ist keine Geheimwirtschaft. In welchen Betriebsabteilungen auch „Sandt“ oder „Nebengewinne“ gemacht werden, sie müssen der Allgemeinheit zugute kommen.

sich schwerer einbürgerte, waren billiger. Im allgemeinen aber baute sich die Mietenberechnung auf den angegebenen Grundlagen auf, deren wichtigste Ecksteine die Gestehungskosten, zusammengesetzt aus Grunderwerbs- und Baukosten, bildeten.

Gerade dieser Ecksteiner versagt zurzeit. Die Gestehungskosten sind ins Unbegreifliche gewachsen, aber jeder weiß, oder glaubt annehmen zu dürfen, daß sie wieder heruntergehen werden. Sie können inzwischen vielleicht auch noch steigen, kurz, sie geben nichts Greifbares, nichts Festes mehr, man kann sich nach ihnen nicht richten. Wenn man den Bonatifikern der freien Wirtschaft folgend die Mietpreisbildung sich selbst überlassen hätte, so hätten wir durchweg ungeheure Mieten, und die Wohnungsnot würde allen fühlbar, nicht bloß denjenigen, die jetzt keine Wohnung finden. Wir hätten vielleicht auch eine selbständige Bautätigkeit und brauchten keine Staatszuschüsse. Wir müßten aber auch allen Arbeitnehmern viel höhere Löhne und Gehälter zahlen, und unser Geld wäre um ein erhebliches mehr entwertet. Bis dahin könnte man sagen, daß Nach- und Vorteile dieses Verfahrens sich vielleicht die Waage halten. Es wären aber noch weitere Wirkungen eingetreten. Mit der Erhöhung der Mieten wären die Werte der Häuser außerordentlich gestiegen und alles, was nicht ganz solider Hausbesitz ist, hätte den dringenden Wunsch gehabt, diese Spekulationsgewinne mitzunehmen. Zahlreiche Krieger- und Revolutionsgewinner hätten diese Gelegenheit zur Anlage ihrer Gewinne sehr gern benutzt, es hätte ein riesiger Umsatz in Häusern eingeleitet, mit der unvermeidlichen Absicht und Wirkung, die Preise immer höher zu treiben. Anlässe zu einem solchen Häuserpekulationstaukel waren in einigen unserer Großstädte schon vorhanden. Wenn man die Preise anderer Dinge durch Spekulation oder Kettenhandel in die Höhe treibt, so muß einmal der Augenblick kommen, wo das durch die hohen Preise herausgelockte verstärkte Angebot die Preise wieder herabdrückt. Dann verliert ein Teil der Spekulanten sein Geld und das schadet niemanden etwas. Doch beim Haus ist das anders. Häuser werden nicht bar bezahlt, ein Teil der Kaufsumme bleibt stehen als Hypothek, als Verschuldung neben der schon vorhandenen anderen auf ihm ruhenden Schulden. Oder aber, der Hausbesitzer verkauft nicht, sondern nimmt für sich neue Anleihen auf, indem er aus den hohen Mieten die höhere Rentabilität, den höheren Wert des Hauses nachweist,

der als Sicherheit für die neue Hypothek dient. So hat sich in dem Spekulationstaukel der vier Gründerjahre die Belastung des Berliner Hausbesitzers um Hunderte von Millionen Mark vermehrt. Sie würde sich in Deutschland bei der heutigen Geldentwertung vielleicht um viele Tausende von Milliarden gesteigert haben. Tritt in diesen Verhältnissen der Mietschlag ein, dann geht es anders als beim Spekulieren in Holz oder Kaffee. Dann verlieren nicht allein die Hausbesitzer ihr Geld, sondern bei dem eintretenden allgemeinen Zusammenbruch und Zwangsverkauf der Häuser werden alle Hypothekengläubiger in Mitleidenschaft gezogen. Die Katastrophe kann auch die allerfeinsten Sparer um ihr Geld bringen, sie ruft eine vollständige Verwüstung der Wirtschaft hervor. Das sind die bedauerlichen Seitenwirkungen unseres Hypothekenrechts, die dazu führen, daß unbedingt jede Regierung, wenn eine solche Katastrophe droht, alles zu ihrer Abwendung, d. h. zur Hochhaltung der Häuser- und Mietpreise tun muß. Mit anderen Worten: die Mieten gehen nicht oder nur unvollständig herunter, und da sich die Preise der verschiedenen Lebensbedürfnisse im allgemeinen auf bestimmte Verhältnisse einstellen müssen, so werden diese hohen Mietpreise auch das Sinken der übrigen Preise hindern oder wenigstens erschweren. Kurz, die Geldentwertung würde sehr viel nachhaltiger sein und uns das Wiederaufkommen unserer Wirtschaft ganz ungemünzt erschweren.

Aus diesen Gründen handelte die preussische Regierung richtig, als sie der Häuserwirtschaft die Zwangsjacke der Höchstmietverordnung anlegte. Aber sie überließ anstehend ein: die Kontrolle nicht zu Anfang genau, dann mit immer wachsender Streunung, und schließlich wird sie ganz unzuverlässig und muß anstrangiert werden. Jede Zwangswirtschaft wirkt ebenso, wenn sie nicht den Interessen aller Beteiligten entspricht. Bei der heutigen Wohnungsnot sind die Wohnungsuchenden zu den größten Opfern bereit und die Umgehung der Höchstmietverordnung wird ebenso selbstverständlich, wie die der Höchstpreise bei Butter, Zucker, Mehl. Man kann auch den Jüngling und die Jungfrau, die zueinander wollen, nicht dauernd durch die Amtskassette schliessen; das ist wider die Natur.

Die Regierung mußte daher sofort auf Mittel sinnen, um diese Höchstmietverordnung durch andere Maßnahmen abzulösen oder zu ergänzen. Durch die die Miete erhöht, also der natürlichen Mietpreisentwicklung Rechnung getragen wurde, andererseits aber verhindert wurde, daß der Hausbesitzer aus dieser Mieterhöhung einen Vorteil habe, der für die Allgemeinheit die gezielten verhängnisvollen Folgen nach sich zog. Ein solcher Weg war der der Mietscheuer: denn das Mehrerkommen aus der Miete wäre reines der privaten Nutzung entzogen gewesen. Es war gefast, ihn in den Dienst der Erbauung neuer Wohnungen zu stellen. Das ist leider nicht gelungen, die Nationalversammlung wollte nicht zwei Tage vor ihrem endgültigen Auseinandergehen ein solches unpopuläres Gesetz beschließen. Es hoben sich nur neue Pläne, ein Mietscheuergesetz und eine hoch preussische Grundsteuer, deren Wirkungen nicht erörtert werden können, solange man die Vorlagen nicht kennt.

Wie wird sich die Entwicklung des Mietpreises nun in der Zukunft gestalten? Es ist ganz unbedingt erforderlich, daß wir wieder zu dem Zustand kommen, wo die Miete die Herstellungskosten der Häuser deckt, d. h. zur angemessenen Verzinsung des angelegten Kapitals und zur Verteilung der Verwaltungs- und Instandhaltungskosten, Steuern usw. ausreicht. Dazu müssen aber erst die Baukosten gewaltig herabgehen, d. h. unsere gesamte Lebenshaltung wesentlich billiger werden. Dazu muß unsere Valuta, die Geltung unseres Geldwertes im Ausland, bedeutend steigen, damit uns die auch im Wiederaufbaugelbiet Nordfrankreichs sehr dringend benötigten Baustoffe nicht mit solcher Leichtigkeit weggekauft werden können wie bisher. Diese Verbilligung des Bauens kann aber nicht bis zu den alten Preisen von 1914 zurückführen, um so weniger, als auch schon früher ein wenn auch langsames, aber doch stetiges Anwachsen der Preise stattfand. In den 70er und 80er Jahren konnten in W.-Gladbach noch einfache Arbeiter-Einfamilienhäuser für 2000 Mark errichtet werden. Als Endergebnis der furchtbaren Auswüthung unserer Wirtschaft durch den Krieg und den Friedensvertrag von Versailles wird eine gewisse Entwertung unseres Geldes zurückbleiben. Um diese wird das Bauen teurer bleiben, die Miete also steigen müssen, damit der ganz unwirtschaftliche und höchst gefährliche Zustand, daß die Häuser mit ungeheuren verlorenen Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln erbaut werden, aufhört. Den Mieter und Konsumenten braucht der Gedanke an diese unvermeidliche Mieterhöhung nicht zu schrecken, weil ja zu ihr auch die Verbilligung der übrigen Lebensbedürfnisse gehört und die Arbeiterchaft die Möglichkeit hat, ihren Lohn diesen Bedürfnissen anzupassen. Aber steigen muß die Miete, weil die neu zu erbauenden Häuser teurer bleiben werden, als die alten. Eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es sein, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß die Mietsteigerung, soweit sie die alten Häuser betrifft, und die nicht zu vermeiden ist, weil man nicht zweierlei Mieten nebeneinander haben kann, auf dem Steuernwege in den Staats- oder Gemeindefiskus übergeführt wird, damit sie hier die allgemeinen Lasten tragen helfe. Alfred Thimm

Der gerechte Mietpreis.

Der in der Öffentlichkeit tobende Kampf zwischen Mietern und Hausbesitzern läßt es geboten erscheinen, einmal in Kürze über den „gerechten“ Mietpreis nachzudenken. Das ist auch aus dem Grunde zweckmäßig, weil jetzt überall die mit den Reichsbaukostenzuschüssen errichteten Wohnungen und die ersten aus dem Kohlenaufschlag gebauten Vergamnisheimstätten ihrer Vollendung entgegengehen und die Festsetzung der Mietpreise erfolgen muß. In normalen Zeiten galt der Grundsatz, daß der Mietpreis die Verzinsung des in Haus und Boden angelegten Kapitals, sowie die Kosten der Verwaltung und der Unterhaltung decken muß. Dieser Grundsatz fand je nach den Verhältnissen verschiedene Anwendung. Mustergültig in jeder Beziehung war das Verfahren, das sich bei den gemeinnützigen Baugenossenschaften herausgebildet hat. Bei ihnen bedarf sich das im Hause stehende Kapital mit den Grunderwerbs- und Baukosten, und zur Unterhaltung gehörten nicht nur die Ausgaben für regelmäßige Instandsetzung, sondern auch eine gleichmäßige Tilgung der Hypothek in Höhe von 1 bis 1 1/2 Prozent. Sie rechneten fast durchweg mit einer Miete in Höhe von 6 Prozent der gesamten Gestehungskosten ihrer Häuser. Für den privaten Käufer eines Hauses ist sein Kaufpreis das zu verzinsende Kapital und der Verkäufer, der die Mieterträge kennt, setzt ihm den Kaufpreis so fest, daß eine Verzinsung von etwa 7 Prozent herauskam, weil der private Hausbesitzer im allgemeinen mit etwas höheren Hypothekenzinsen, besonders bei den zweiten Hypotheken rechnen mußte. Der Mietpreisregulator war hier die „Ortsüblichkeit“, die Grenze nach unten war da, wo die normale Verzinsung der Gestehungskosten aufhört. Die Grenze nach oben bei Durchschnittswohnungen dort, wo der Mieter sich zu zahlen sträubte, weil und solange ihm noch billigere Wohnungen angeboten wurden. Während innerhalb der einzelnen Orte sich die Preise der Durchschnittswohnungen im allgemeinen ausglich, hat es teure und billige Orte gegeben; schnell wachsende Städte, deren Bautätigkeit dem Bedürfnis schwer nachkam, waren teurer; Städte, deren weitreichender Straßenbahnbau weites Wohngebiete aufschloß oder in denen die kostspielige moderne Ausstattung der Wohnungen

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wie geht es mit der Kartoffelverfokung?

Aus Sachverständigenkreisen wurde durch die Presse verkündet, daß wir mit einer reichlichen Kartoffelernte zu rechnen haben. Aber in den Städten macht sich schon fühlbarer Kartoffelmangel bemerkbar. In manchen Großstädten herrscht sogar Kartoffelmangel. Die Landwirte hatten mit den Kartoffeln zurück, weil ihnen der Preis von 30 Mk. für den Zentner nicht genügt. Sie rechnen jetzt schon auf 35 Mk. und hoffen, im Spätherbst auf 40 Mk. und im nächsten Frühjahr auf 50 und 60 Mk. zu kommen. Der Kartoffellegen soll lediglich den agrarischen Selbstzwecken zugute kommen.

Die bürgerlichen Parteien haben ja die Zwangswirtschaft aufgehoben, die Kartoffeln sind dadurch freigegeben und nun kann der „Segen“ des freien Handels beginnen nach dem im Kriege besonders zur Geltung gekommenen Grundsatz: *Herei heresich wer kann!* Und sie können es, unsere Märkte. Sie bestehen es. Sie waren noch nie blühe. Im Kriege gar, als der Hunger an die Türen der Städte pochte, da haben sie den letzten Rest von Scham verloren. Sie nehmen, was sie kriegen können, und sie können alles kriegen. Die

Städter wollen essen, und seien es trockene Kartoffeln. Da sollen sie zahlen, zahlen, bis sie schwarz werden. Heute werden die Kartoffeln zurückgehalten. Verhindert man nicht die Agrarier zu werden...

Dabei ist es längst ein offenes Geheimnis, daß die Agrarier tief im Gelde schwimmen. Nach niemals war in den Dörfern soviel Bargeld aufgetrieben, wie es seit den letzten Jahren des Krieges...

Du diesem Thema gibt ein Bauer, der 40 Jahre lang die Landwirtschaft betrieben hat und über reiche Erfahrungen verfügt, der sozialdemokratischen 'Fränkischen Tagespost' (Münchberg) interessante Aufschlüsse...

Ich spreche nicht als Bauernfeind, denn aus 40-jähriger Erfahrung weiß ich zur Genüge, daß die Landwirtschaft ein sehr plagenreiches und oft unerbittliches Handwerk ist. Aber wie es in den Kriegsjahren und noch mehr jetzt den Bauern das Geld ins Haus geschickt hat...

Auf Grund meiner langjährigen Praxis und Erfahrung möchte ich doch einmal eine Uebersicht machen von einem Bauerngut mit 100 Tagewerk Grundbesitz, davon 60 Tagewerk Acker, 10 Tagewerk Wiesen...

Table with 2 columns: Item (e.g., 450-500 Zentner Getreide) and Amount (e.g., 3 500 Mk.).

Table with 2 columns: Item (e.g., Düngemittel) and Amount (e.g., 2 000 Mk.).

Es ergibt sich also ein Jahresertrag von 3 350 Mk., wobei zu bedenken bleibt, daß die ganze Lebenshaltung bereits in der eigenen Produktion steckt.

Table with 2 columns: Item (e.g., 450-500 Zentner Getreide) and Amount (e.g., 40 000 Mk.).

Table with 2 columns: Item (e.g., Düngemittel) and Amount (e.g., 30 000 Mk.).

Die Gegenüberstellung der beiden Rechnungen ergibt, daß ein Ueberschuß von 3 350 Mk. vor dem Kriege heute ein solcher von 56 200 Mark gegenübersteht...

Der väterliche Gewährsmann der 'Fränkischen Tagespost' bemerkt am Schluß seiner Ausführungen, daß auch bei wesentlich herabgesetzten Preisen für Getreide, Kartoffeln und Milch die Landwirtschaft noch immer ein vorzügliches Geschäft sein könnte...

Aber unsere nimmermüden Agrarier sind vertrottelt worden, die 30 Mark für den Zentner Kartoffeln sind ihnen zu wenig, sie wollen mehr dafür haben. Deshalb halten sie die heißbegehrte Knollenfrucht zurück...

Und die bürgerlichen Parteien haben es den Bauern leicht gemacht, sie haben alle Schranken beseitigt, die der Auswanderung der Massen in der Zwangswirtschaft doch ein gewisses Ziel gesetzt hatten.

Ne bezüglich der Kartoffelversorgung und der Gestaltung der Preise haben, das. Trotz ursprünglich weit auseinanderstrebender Meinungen herrschte doch angelegentlich der außerordentlich großen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung dieser Frage...

- 1. Im freien Verkehr soll ein Erzeugerpreis von 25 Mark je Zentner für Kartoffeln nicht überschritten werden.
2. Es sollen sofort durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die maßgebenden Stellen veranlaßt werden...

Die an der Konferenz beteiligten Spitzenorganisationen erklärten sich bereit, auf ihre Unterorganisationen einzuwirken, für die Durchführung der vorliegenden Richtlinien mit allem Nachdruck einzutreten.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Sitzung des Bergschiedsgerichts vom 23. September 1920 im Waldbühnen (Höflein).

Zur Verhandlung standen fünf Fälle. Der frühere Bergarbeiter A. aus Sobndorf hatte gegen Renten Kürzung Einspruch erhoben. Die Rente sollte von 33 auf 25 Prozent gekürzt werden.

In dem zweiten zur Entscheidung stehenden Fall klagte die Witwe G. aus Delsnik auf Hinterbliebenenrente für sich und zwei schulpflichtige Kinder. Der Ehemann der G. war dadurch zu Unfall gekommen...

In dem dritten zur Entscheidung vorliegenden Falle kommt eine trasse Härte im Versicherungsrecht zum Vorschein, auf deren Beseitigung hingewirkt werden muß. Die Kriegerswitwe J. aus Oberlungwitz beansprucht für ihr unehelich geborenes Kind die Waisenrente.

Die Witwe A. aus Sobndorf klagt auf Hinterbliebenenrente für sich und fünf Kinder. Ihr Ehemann kam während der Arbeit in der Grube dadurch zu Unfall, weil er tödlich von einer Klüppelherab springen mußte...

Der letzte zur Entscheidung stehende Fall war ziemlich ausichtslos. Die Witwe B. aus Delsnik klagte ebenfalls auf Hinterbliebenenrente für sich und fünf Kinder.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Vertragte Neuregelung des Bergschulwesens.

Der Ausschuss für Handel und Gewerbe hat in seiner Sitzung am 22. September 1920 Stellung genommen zu dem Gesetzesentwurf betreffende Neuregelung des Bergschulwesens. Der Gesetzesentwurf entspricht nicht den Wünschen der Arbeitgeber und liegt neuzeitliche Anforderungen vermissen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Der oberste Bergbau im Jahre 1919.

Der Oberste Berg- und Hüttenmännische Verein veröffentlicht seinen Bericht für 1919, dem wir folgende Zahlen entnehmen: Im Jahre 1919 betrug der Wert der gesamten oberirdischen Berg- und Hüttenindustrie 2.011.200.000 Mk. gegen 798.845.787 Mk. im letzten Vorjahresjahre.

steht wurde. Ungerechnet in Preisbereinigung, ist der Wert der Produktion sogar gestiegen. Insgesamt arbeiteten im Berichtsjahre 236 445 Arbeiter gegen 191 795 im 1911, das sind 34 650 mehr...

Die Lage des Bergbaues im Jahre 1919 veranschaulicht folgende Tabelle (in Mark):

Table with 4 columns: Product (e.g., Steinkohlengruben), Total Value, Number of Workers, and Average per Worker.

Gefördert wurden insgesamt 25 932 372 Tonnen Steinkohlen und 2 943 T. Zink- und Bleierz. Die Eisenerzförderung geht immer mehr zurück, denn während sie im Jahre 1901 noch 457 126 T. betrug...

Table with 4 columns: Product (e.g., Arbeiter), Total Value, Number of Workers, and Average per Worker.

Auffallend ist, daß noch so viele Frauen im oberste Bergbau arbeiten. In dieser Hinsicht war aber Oberste Bergbau immer voran. Die frommen Grubenherren schämen sich nicht im geringsten, die schwachen Körperkräfte der Frauen und Mädchen in Laufensmarthelme zu verwandeln.

Wie immer, so jammer es die oberste Bergbau Kapitalgebern auch diesmal über angelegentlich hohe Arbeiterlöhne, die die Industrie übermäßig belasten und sie mit Ruin bedrohen. Wir kennen nicht nur den Lärm dieses immer wieder gesungenen Liedes, sondern auch die Verfasser, darum wissen wir auch, was wir davon zu halten haben.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Betriebsräte, die sich von den Unternehmern einwickeln lassen.

Das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes enthält in seiner Nr. 39 unter der Überschrift 'Soziale Ausfuhrabgabe und Betriebsräte' beachtenswerte Ausführungen von H. Knoll. Nach einem kurzen Uebersicht über die durch die (leider nur zeitweilige) Besserung der deutschen Valuta geschaffene Veränderung der Wirtschaftslage kennzeichnet der Verfasser das unsoziale Bestreben bei einem Teil des Unternehmertums...

In ihrem Kampfe gegen den Abgabentarif haben sich seine Gegner nun nach Bundesgenossen umgesehen und haben sie auch gefunden - in den Betriebsräten! Es ist für die Arbeiterbewegung in der Ausfuhrabgabekommission eine gewöhnliche Erscheinung geworden...

Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, welche schweren Stand gegenüber solcher Bewirtschaftung die Gewerkschaftsvertreter im Abgabenausschuß haben, die sich bewußt sind, daß solche 'Gutachten' zwar im guten Glauben abgegeben werden, daß sie doch aber keine so guten Tatsachen auf den Grund gehen.

Die Arbeiterbewegung hat in der Ausfuhrabgabekommission eine gewöhnliche Erscheinung geworden, fast in jeder Sitzung Vertreter der Betriebsräte der jeweils zur Beratung stehenden Industriezweige begrüßen zu können, die in geradezu ständiger Uebereinstimmung mit den Unternehmervertretern bekunden, daß, wenn die Ausfuhrabgabe nicht auf Null herabgesetzt wird...

Freilich verziehen es ja die Unternehmer fast in allen Fällen, das Gespenst der Betriebslosigkeit und Arbeitslosigkeit an die Wand zu malen und damit ihrer Forderung auf Beseitigung der Ausfuhrabgabe ein soziales Mantelchen umzuhängen.

Internationaler Rundschau. Differenz für die Oberste. An den Vorstand des Intern. Gewerkschaftsbundes in Amsterdam. Werte Genossen! Auf dringende Differenz aus Oberste gehen wir uns veranlaßt, den Internationalen Gewerkschaftsbund um Hilfe anzusprechen.

Internationaler Rundschau.

Differenz für die Oberste.

An den Vorstand des Intern. Gewerkschaftsbundes in Amsterdam. Werte Genossen! Auf dringende Differenz aus Oberste gehen wir uns veranlaßt, den Internationalen Gewerkschaftsbund um Hilfe anzusprechen.

Kommen, wie wir sie in Oberschlesien innerhalb der Arbeiterschaft zu bekämpfen hätten. Wörtlich war dann weiter gesagt:

Kameraden und Arbeiter! Lebt euch nicht für die Zwecke der polnischen Reaktionen misbrauchen. Sondern treibt, getreu dem Bewußtsein des internationalen Bergarbeiterkongresses, die Genf, für die Zusammenführung ein! Alle Arbeiter, Deutsche wie polnische, sind einander gegenüber und gegenseitig brüderlich zusammenzubinden, wenn wir die uns geschehene Kriegswunde heilen wollen. Weherät uns unsere kameradschaftliche Mahnung und treibt den Völkerverbänden, wo sie auch ihre verbrecherischen Handwerke treiben, einig und energisch entgegen. Nur der Feste unter den Völkern verbürgt uns eine bessere Zukunft.

In anderer Stelle brandmarkten wir die Untaten nationalistic verheerter Polen in Oberschlesien. Der in Genf erscheinende amtliche „Wirtschaftliche Anzeiger“ vom 15. September 1920 jährt nun den besagten Aufsatz und unsere Brandmarkung der polnischen Untaten in Oberschlesien und schließt damit:

„Ingeachtet dieser von der „Bergarb.-Ztg.“ selbst zugegebenen politischen Schwächen ist der von der vorerwähnten Zeitung ein Reich nationaler Würdelosigkeit, wie es betrieblender nicht gedacht werden kann.“

Wir sagen, diese Schlussfolgerung des „Wirtschaftlichen Anzeiger“ ist ein Zeichen nationalistic Begriffsverwirrung und Stinverwilderung, wie es betrieblender nicht gedacht werden kann. Bei normalem Begriffsverständnis und Sittlichkeitsempfinden würde sich der „Wirtschaftliche Anzeiger“ doch sagen, daß wir die deutschen Arbeiter nicht auffordern können, die von uns gebrandmarkten polnischen Untaten nachzuahmen. Mithin blieb uns nur übrig, die polnischen Untaten zu brandmarken und die organisierte Arbeiterschaft aufzufordern, sie nicht nachzuahmen. Das nennt der „Wirtschaftliche Anzeiger“ nationale Würdelosigkeit. Selbst das Gefühl für Scham ist diesem Blatt danach offenbar abhanden gekommen.

Es kann bei dieser Stinverwilderung auch nicht überraschen, daß das Blatt seinen Lesern unterstellt, daß es sich um einen Aufruf der vier Bergarbeiterverbände handelt. Die „Bergarb.-Ztg.“ hat diesen Aufruf übernommen, wie es auch durch die übrige Presse geschehen ist. Der „Wirtschaftliche Anzeiger“ stellt es aber so hin, als ob der Aufruf von der „Bergarb.-Ztg.“ ausgegangen sei. Diese Unwahrhaftigkeit verdrängt sich aber offenbar sehr gut mit der „nationalen Würdelosigkeit“ des „Wirtschaftlichen Anzeiger“. Das bedauerliche ist jedoch, daß viele organisierte Arbeiter dieses Blatt noch halten und sich obendrein von ihm beeinflussen lassen.

Vertrauensmännertagung unseres Verbandes für Oberhausen-Samborn.

Am Lokale des Herrn Köppler fand am 25. September eine von über 60 Personen besuchte Vertrauensmännertagung des Bezirks Oberhausen-Samborn unseres Verbandes statt. Der Bezirksleiter Johann van dem Büschel leitete die weit abgelaufenen Zahlstellen Hochst, Wejel, Schermbek und Speldorf leider nicht vertreten. Die Erklärungen zum Lohnvertrag, welche jetzt auch den Betriebsräten zugestellt werden sollen, empfahl Johann van dem Büschel, wie hierüber große Klärung geschaffen würde. Kamerad Schneider wies an Hand der von den einzelnen Zahlstellen eingehenden Berichte nach, daß die Ausführung der Fragebogen und Abrechnungen nicht immer in der vorgeschriebenen Weise erfolge, wodurch seitens der Bezirksleitung manche Nachfragen an die Ortsverwaltungen ergehen müßten. Letzteres müßte ohne weiteres verschwinden. Bei Nachfragen von Referenten hätten sich die Vertrauensleute immer rechtzeitig (acht Tage vorher) an die Bezirksleitung zu wenden, damit dieselbe auch imstande ist, allen Wünschen gerecht zu werden.

Bei Punkt 2: „Erhöhung des Lokalbeitrages von 20 Pf. auf 1,20 M. pro Woche“ wurde seitens der Bezirksleitung mitgeteilt, daß bereits eine große Reihe auswärtiger Bezirke einen solchen von 1,50 M. beschlossen hätten. Das Ruhrgebiet dürfe unter keinen Umständen den auswärtigen Bezirken gegenüber gleichgültig sein und müsse ebenfalls diesen Schritt wagen. In der reichlich stattgefundenen Diskussion sprachen sich wohl alle für die Erhöhung der Beiträge aus. Einige Kameraden traten für einen festen Wochenbeitrag von 3-4 M. ein. Andere Organisationen hätten längst schon Wochenbeiträge von 3 bis 4,50 M. eingeführt. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß auch wir eines guten Tages vor einem großen Stampe ständen, wo wir alle gerufen sein müßten. Die Organisation habe heute schon weit über 450 000 Mitglieder und täglich seien noch Neuzugänge, auch Uebertritte, besonders von den Unionisten, Sozialisten usw. ein. Besonders im hiesigen Bezirk kämen eine große Anzahl früherer Mitglieder wieder zurück. Mehr wie bisher müsse jetzt in der Reorganisation eingeleitet werden.

Die Abkündigung über die Erhöhung des Lokalbeitrages von 20 Pf. auf 1,20 M. pro Woche ergab folgendes Resultat: 61 Stimmen für und 4 Stimmen gegen die Erhöhung. Damit hat sich auch der Oberhausenener Bezirk an die Seite mehrerer anderer Bezirke im Ruhrgebiet gestellt, die ebenfalls den vorstehenden Beitrag bereits eingeführt hätten. Am 1. November d. J. soll die Beitragsüberhöhung in Kraft treten.

Punkt 3. Die ausgedehnten Tarifverhandlungen riefen eine lebhafte Debatte hervor. Es wurde mitgeteilt, daß in letzter Woche Vertreter der Regierung ins Ruhrgebiet gekommen seien, um sich über die Bergarbeiterverhältnisse eingehend zu informieren. Allgemein war man der Ansicht, daß unter keinen Umständen die Lohnverhandlungen auf die lange Bank geschoben werden dürften. Sollte das Unternehmertum im Ruhrgebiet eine andere Sichtweise einbringen wollen, so müsse dem mit aller Macht entgegengetreten werden. Eine in diesem Sinne eingebrachte Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Albin Mädel †.

Nach längerer Krankheit ist am 23. September unser Jahrestellensitzer Albin Mädel in Bielefeld (Sachsen) gestorben. Er wurde am 30. Mai 1882 geboren und trat am 12. November 1905 aus dem Vaterverband in unseren Verband über. Früher hat er in unserem Verbande immer mit in erster Reihe gekämpft. Einige Jahre bekleidete er auch das Amt des 1. Vertrauensmannes. Dann übernahm er das verantwortungsvolle Amt als Jahrestellensitzer. Auf allen Seiten zeichnete er sich durch fettere Tätigkeit und Pflichtbewußtsein aus. Trotz seines schwachen Lebens, das er sich bei seiner Berufstätigkeit zugugewöhnt hatte, erfüllte er in jeder Beziehung seine Pflicht bis zum letzten Atemzuge. Mit ihm ist einer unserer Besten von uns geschieden. Ehre seinem Andenken!

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Revierkonferenz unseres Verbandes für Oberschlesien.

Die Bezirksleitung unseres Verbandes hatte für den 26. September die Vertrauensmännertagung der Organisations- und Betriebsräte in einer Revierkonferenz zusammenberufen. Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit dem Bericht vom internen Bergarbeiterkongress in Genf. Der Bezirksleiter, Kamerad Franz, hob die wichtigsten Beschlüsse, die auf dem Kongress gefaßt wurden, hervor und betonte insbesondere, daß die Frage der Sozialisierung der Bergwerke durch den dort gefaßten Beschluß in ein neues Stadium getreten sei. Da die Sozialisierung der Bergwerke kommt, stehe heute nicht mehr zur Erörterung, nur die praktische Ausführung stehe noch zur Debatte. Der internationale Bergarbeiterkongress habe beschlossen, daß zur Durchsetzung dieser Forderung, die nicht nur im Interesse der Bergarbeiter, sondern im Interesse der Allgemeinheit liegt, erst der allgemeine internationale Bergarbeiterkongress in Frage kommt. Das Komitee des internationalen Bergarbeiterverbandes, das am 5. Oktober in London zusammentritt, wird in dieser Frage noch nähere Beschlüsse fassen.

Auch die Frage der Sechsstundenfrist, die die Bergarbeiter in Deutschland beschaffen, wird vom internationalen Bergarbeiterverband geregelt werden. Begründet wurde insbesondere auch der Beschluß, daß im Falle eines neuen imperialistischen Krieges der allgemeine internationale Bergarbeiterkongress einberufen werden soll. Der Redner wies am Schluß noch die polnische Angriffe zurück, die von den polnischen Organisationen gegen ihn bezog. Gegen unseren Verband im Zusammenhang mit dem internationalen Kongress erhoben worden sind. Nach Referaten der Kameraden Franz und Cepernik über die wirtschaftliche Lage in Oberschlesien und einem Referat über das Uebersehensabkommen, das ebenfalls von dem Kameraden Cepernik gehalten wurde, folgte ein Referat des Kameraden Eich über die Reorganisation des Verbandes, wurde nach einer ausgiebigen Diskussion die folgende Entschließung gefaßt:

Die Betriebsräte und Vertrauensmänner des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands unterstützen aufs lebhafteste die Forderungen, die von

verschiedenen unterverantwortlichen Elementen gegen die gewerkschaftlichen Organisationen ausgeübt werden. Sie beklagen aufs tiefste, daß durch die polnische Aufstandsbewegung die Arbeiterschaft in der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen gegenüber den Arbeitgebern geschwächt worden ist. Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter Oberschlesiens kann nur gebessert werden, wenn alle Arbeiter, ganz gleich ob polnisch oder deutsch geklärt, zusammenstehen. Die Schaltung des internationalen Verbandes ist aufs schärfste zu verurteilen. Viele Kameraden unseres Verbandes sind schwer mißhandelt, zum Teil aus ihren Wohnungen vertrieben, einzelne sogar erschlagen worden. Selbst Frauen und Kinder wurden nicht verschont. Die Vertrauensmänner und Betriebsräte des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands sehen in diesen traurigen Vorgängen Ausweisungen einer durch nationalistic Verhetzung verführten Arbeiterschaft. Die Vertretung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hat ihre Aufgabe darin gesehen, eine Einigung mit den polnischen Organisationsvertretern herbeizuführen. Die Konferenz billigt diese Haltung und spricht der Bezirksleitung ihr Vertrauen aus.

Bei den kommenden Tarifverhandlungen muß insolge der durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft eingetretenen verteuerten Lebenshaltung eine Lohnerhöhung durchgesetzt werden. Auch muß haften gestrebt werden, daß die Sechsstundenfrist, ebenso wie im übrigen Deutschen Reich, eingeführt wird. Die Konferenz fordert die Bezirksleitung auf, alle Mittel zu ergreifen, die geeignet sind, einen wirksamen Preisabbau herbeizuführen, damit Lohnerhöhungen nicht notwendig sind und das Wirtschaftsleben dadurch nicht an anderem beunruhigt zu werden braucht.

Tonnagearbeiter und Produktionsgewinne einzuführen, lehnt die Konferenz ab. Es ist dies nur ein verstelltes Prämiensystem bzw. verstelltes Lohnsystem. Die Einführung derartiger Lohnsysteme liegt nicht im Interesse der Arbeiterschaft und widerspricht den gewerkschaftlichen Grundföhen.

Zum Uebersehensabkommen erklärt die Konferenz, daß die Notwendigkeit der Erhöhung der Kohlenproduktion anerkannt. Die Erhöhung der Produktion muß jedoch in erster Linie durch Verbesserung der Technik und nicht durch Uebersehensarbeiten herbeigeführt werden. Da die Frage, ob Uebersehensarbeiten Verfahren werden sollen oder nicht, im übrigen keine Organisationsfrage, sondern eine Frage ganz Oberschlesiens ist, so erklärt sich die Konferenz wider dagegen noch dafür. Es ist Sache der Bezirksleitung, mit den anderen Organisationen zur Regelung dieser Frage in Verbindung zu treten und eine einheitliche Stellungnahme herbeizuführen, eventuell durch Einberufung, falls sich das notwendig erweist, eines Betriebsräte-Kongresses aller Organisationen. Ehe das Uebersehensabkommen in Wirksamkeit tritt, ist notwendig, daß die Arbeiter ihre Widerstand gegen das Mißbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in den Betrieben ausüben.

Die Konferenz begrüßt aufs lebhafteste, daß nach den letzten Beschlüssen der Verbandeninstanzen und des internationalen Bergarbeiterkongresses endlich mit der Sozialisierung der Bergwerke ernst gemacht werden soll.

Um die Organisation sozialistischer zu gestalten und vor allen Dingen bei Kämpfen diese besser unterstützen zu können, stimmt die Konferenz der vorgeschlagenen Erhöhung der Lokalbeiträge von monatlich 20 Pfennig zu.

Die Reorganisation des Verbandes der Bergarbeiter, die die Betriebsräte im Verbandsverband und der Bezirksleitung mit vertreten sind, wird freudig begrüßt.

Wie bereits bemerkt, wurde diese Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen. Ueber den Abschluß der mit dem Uebersehensabkommen befaßt, wurde besonders abgestimmt. Die Mitglieder, die dagegen stimmten, war bei diesem Abschluß eine größere.

Zum Betriebsräte-Kongress nach Berlin wurden die Betriebsratsmitglieder Joh. Laßmann, Jaborg und Karl Wylsch-Lon-Rada, gewählt.

Die Verhandlungen der Revierkonferenz zeigten trotz ihrer Beschränktheit von der festen Gesinnung des Verbandes. Die Vertretungen, die von verschiedenen Seiten ausgesandt, um den Verband in seiner Nachbarkreisen zu unterstützen, wurden ebenfalls sehr erfolgreich sein.

Nach einem Schlußwort des Kameraden Franz wurde die Konferenz mit einem dreimal begeistert aufgenommenen Hoch auf das weitere Gelingen des Verbandes geschlossen.

Revierkonferenz in Waldenburg.

Eine Revierkonferenz der Vertrauensleute unseres Verbandes tagte am 10. September, vormittags, im Saale der Stadtbrauerei in Waldenburg, die sich in erster Linie mit der Frage einer Beitragsüberhöhung auf 1,50 M. beschäftigte. Nach einem einleitenden Referat des Kameraden Hoffmann über die Verhandlungen des internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf wurde vom Vertreter des Hauptverbandes, des Kameraden Richter, den Anwesenden die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung in eingehender Weise vor Augen geführt. Der bisherige Beitrag, der im Verhältnis zum Verdienst nicht im Einklang steht, genügt bei weitem nicht, allen Anforderungen, die seitens der Mitglieder an den Verband mit Recht gestellt werden dürfen, gerecht zu werden. Darüber hinaus hat die Bergarbeiterarbeit jedoch die Verpflichtung, sich einen Kampfstand zu schaffen, der es ermöglicht, dem Unternehmertum für die Zukunft machtlos gegenüberzutreten.

Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen, und in der Diskussion, an der sich eine größere Anzahl Kameraden beteiligten, erklärten sie sich prinzipiell für eine Beitragsüberhöhung. Nur über die Art der Erhöhung gingen die Meinungen etwas auseinander. Beschlossen wurde eine Erhöhung der Lokalbeiträge um 1 M., so daß der Gesamtbeitrag nunmehr 3 M. beträgt. Das Abstimmungsresultat war ein sehr erfreuliches. Von 153 Stimmberechtigten gaben 148 (25 367 Mitglieder) mit „Ja“ und 5 Stimmen (887 Mitglieder) mit „Nein“. 31 Stimmberechtigte (5314) waren nicht anwesend. Daraus ist also zu ersehen, daß auch in den Reihen der Bergarbeiter der Gebirge an Boden gewinnt, daß die Verbandsbeiträge mit der Zeit müßig zu werden haben.

Unser Verband war in dieser Hinsicht von fast sämtlichen Gewerkschaften überföhrt worden und können wir unsere Bergarbeiterchaft zu diesem Beschluß nur beglückwünschen. Im übrigen verließen die Verhandlungen frohen, wie es dem Interesse der Mitglieder entspricht. Kamerad Richter, der noch einmal seiner Genehmigung über den soeben gefaßten Beschluß Ausdruck verlieh, schloß die überaus gut besuchte Konferenz mit einem beifolgenden Hoch auf den Verband.

Lohnausgleich im ober-schlesischen Bergbau.

Am 24. September tagte in Kattowitz die Kommission der Arbeitsgemeinschaft, welche die Lohnregelung im Bergbau vornehmen sollte. Die Arbeitgeber erklärten, daß ein Lohnabkommen generell noch nicht getroffen werden könne, weil auch im Ruhrgebiet Verhandlungen im Gange seien. Sobald im Ruhrgebiet das Abkommen abgeschlossen sein wird, werden auch in Oberschlesien Verhandlungen eingeleitet. Eine Lohnherabsetzung können die Arbeitgeber in dessen nur bewilligen, wenn gleichzeitig die Kohlenpreise erhöht werden. Ohne Kohlenpreiserhöhung keine Lohnherabsetzung.

Die fortgeschrittenen Zirkeln in Oberschlesien, die auf die ungleicherartige Entlohnung der Nacharbeiter zurückzuführen sind, erforderten aber einen Lohnausgleich. Auf diesen waren denn auch die Verhandlungen zugeschnitten. Es wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Durch die Sammelkassende der Eisenarbeiten sind die Verdienste der Nach- und Tagearbeiter über die eigentlichen Tariföhne hinausgegangen. Um die hierdurch entstehenden Differenzen, die von der Arbeiterschaft als Lohnausgleich bezeichnet werden, auszugleichen, werden ab 1. Oktober d. J. für die auf der Gruben im Schichtlohn beschäftigten gleichen Arbeiterkategorien folgende Zuschläge zum Tariflohn bewilligt, die also einen Gegenwert für das auf den Föhnen gewährte Tonnagegeld darstellen.

Facharbeiter:

Klasse a)	4,80 Mark pro Schicht
b)	„ „ „
c)	„ „ „
d)	„ „ „
e)	3,20 „ „

Tagearbeiter:

über 24 Jahre erhalten	als Ausgleich	5,80 Mark
zum Tariflohn 3,20 M.	2,40 Mark	pro Schicht
von 21 bis 24 Jahre	2,40 „	„
19 „ 21	1,20 „	„
17 „ 19	0,80 „	„
Invaliden:	2,40 „	„

Was muß jeder über Oberschlesien wissen?

1. Oberschlesien besitzt die mächtigsten Kohlenlager der Welt mit einem Vorrat von 166 Milliarden Tonnen und einer Lebensdauer von 1200 bis 1700 Jahren.
2. Seine Zinnindustrie nimmt die erste Stelle in Europa ein.
3. 1917 betrug die Rohseisen-gewinnung 752 395 Tonnen mit 5588 Arbeitern.
4. Oberschlesien erzeugte 1918 etwa 4 500 000 Faß (zu 170 Kilo) Zement.
5. Es nimmt in der Blei-, Schwefelsäure-, Kalk- und Zementindustrie auf dem Weltmarkt eine hervorragende Stellung ein.
6. 1,2 Milliarden Mark betrug im Jahre 1916 der Gesamtbruttowert der Erzeugung allein aus den Montanprodukten, ausschließlich Selbstverbrauch.
7. Seine Verkehrseinrichtungen und Staatsgebäude stellen Milliardenwerte dar.
8. Es besitzt ein Güterverkehrsnetz von 1592 Kilometer Länge.
9. Oberschlesiens Eisenbahnverkehr steht an zweiter Stelle in Deutschland.
10. Im Jahre 1918 besaß es 785 417 Hektar Ackerland, 289 000 Hektar Wiesen, Weide und Gütungen, 382 000 Hektar Forsten und 12 000 Hektar Gärtenland.
11. Sein Waldreichtum beträgt 3911,72 Quadratkilometer, gleich 1,75 Millionen Morgen.
12. Oberschlesiens Leistungen an Einkommensteuer betragen 8 681 320 M. im Jahre 1912. Auf mehr als 100 Millionen Mark werden die gesamten Staatseinnahmen im Jahre veranschlagt.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 41. Woche (vom 4. bis 9. Oktober 1920) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Zur Beitragserhöhung im Bergarbeiterverbande.

In Nr. 40 der „Bergarbeiter-Zeitung“ teilten wir bereits die Stellungnahme mehrerer Bezirkskonferenzen und Zahlstellenversammlungen zur Frage der Beitragserhöhung bzw. der Beitragszuschläge mit. Inzwischen haben weitere Zahlstellen und Bezirke hierzu Stellung genommen und erlauternde Beschlüsse gefaßt, die die Mitglieder und Vertrauensleute in dieser Frage fast überall in der großen Mehrheit, ja in zahlreichen Fällen einstimmig, hinter den Verbandsinstanzen stehen. Das ist ein erfreuliches Zeichen und gibt Zeugnis von der Stimmung, die in Kameradentreiben vorhanden ist. So muß es sein und bleiben, damit wir den Aufgaben, die an die Organisation in der nächsten Zeit herantritten, auch gerecht werden und sie durchführen können.

Der Bezirk Gattungen-Linden faßte einstimmig folgenden Beschluß:

„Die heute stattgefundene Vertrauensmännertagung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für den Bezirk Gattungen erklärt sich mit der Haltung unserer Delegation auf dem internationalen Bergarbeiterkongress in Genf und den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden. Sie verpflichtet sich, mit allen Mitteln die dort gefaßten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Entsprechend dem Beschluß des Kongresses fordert die Konferenz die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung des Bergbaues und erwartet von den sozialistischen Parteien des Reichstages, daß sie alle zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um dem Vorschlag Leberer, der die Mehrheit der Sozialisierungskommission hat, zur Annahme zu verhelfen.“

Um durch Stärkung des Kampffonds dem in Genf gefaßten Beschluß der Sozialisierung, mehr Nachdruck zu verleihen, erklärt sich die Konferenz mit der Erhöhung des Verbandsbeitrages auf 3 M. einverstanden und verpflichtet sich, die Vertrauensleute, im September und Oktober in allen Zahlstellenversammlungen dahin zu wirken, daß sich die Mitglieder dafür aussprechen. Von der Beitragserhöhung müssen, ohne jede Skrupel, 50 Pf. dem Kampffonds überwiesen werden, damit bei Streiks, neben der statutarischen Unterstützung, die heute in keinem Verhältnis zur Lebenshaltung steht, noch ein Zuschuß gewährt werden kann.“

Die Vertrauensmännertagung des Bezirks Oberhausen-Samborn-Milheim stimmte ebenfalls einer Entschließung mit 48 gegen 4 Stimmen zu, wonach ab 1. November d. J. der Lokalbeitrag des Bezirks auf 1,50 M. pro Woche erhöht wird. Eine Konferenz des Bezirks Bochum faßte ebenfalls den Beschluß, den Bezirksbeitrag auf 1,50 M. zu erhöhen. In der Mittelteilerversammlung in Markt (Bezirk Neudinghausen) wurde gegen 3 Stimmen der Beitragserhöhung zugestimmt. Dergleichen nahmen die Zahlstellen Duer, Erle III, Erle V, Eschoben, Gattrop I, Osterfeld III, Dorsten, Gladbeck II und Düsselberg VII zu derselben Frage Stellung und wurde überall die Erhöhung der Beiträge gutgeheißen.

Für den Bezirk Bochum ist die Stelle eines Lokalbeamten zu besetzen. Bewerber müssen Erfahrung in den Verwaltungsgeschäften des Verbandes besitzen und in der Lage sein, die Interessen des Verbandes in Wort und Schrift zu vertreten. Bewerbungen nebst Lebenslauf müssen bis zum 16. Oktober 1920 an die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Wiemelshauer Str. 38a gerichtet werden.

Rechtsklub.

Beiderode. Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, vorm. von 8 bis 12 Uhr und nachm. von 2 bis 6 Uhr.

Bibliothek.

Beiderode. Bücher werden jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr ausgeben. Die Ausleihe ist unentgeltlich. Für Beschädigungen muß der Empfänger haftbar gemacht werden.

Bücherverleihen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisoren die Arbeit zu erleichtern. Gellertstr. VI. Vom 5. bis 18. Oktober. Siertrade II. Vom 1. bis 15. Oktober.

Krankentunterstützungs-Auszahlung.

Werne a. d. Lippe. Jeden zweiten Sonntag im Monat.

Adressenveränderungen.

Bezirk Gattungen. Vom 1. Oktober ab befindet sich das Bezirksbureau nicht mehr Bahnhofstraße 67, sondern Bahnhofstraße 34.

Der nicht mehr Johann Ueter aus Essen, Freilichtstraße 30; er war zuletzt am 18. Juni 1915 bei Uterras beim 3. Reg. 23, 8 Komp. Nähere Angaben, die seitens der Mitkameraden gemacht werden können, nimmt dankbar entgegen die Mutter Frau Heinrich Ueter, Essen, Freilichtstraße 30. — Seit dem 18. September 1918 (im Westen) der Gellertstr. 30. — Auf-Reg. 95, 10. Komp., Stab. Auskunft erbittet Christlieb Müller in Brennersgrün 6. Lehesten (S.M.).

Neu ist erschienen und von G. Gansmann & Co. zu beziehen

Programm der Sozialdemokratie

Preis 8,75 M.

Taschenkalender für 1921

ist erschienen und für Mitglieder des Bergarbeiterverbandes zum Preise von 5 M. (im Buchhandel 7,50 M.) durch die Ortsverwaltungen zu beziehen von G. Gansmann & Co., Bochum, Wiemelshauerstraße 42